

Gewaltaufrufe in FAZ und SPIEGEL



Die immer offener zutage tretende linksextremistische Bereitschaft, jetzt mit Gewalt eigene Vorstellungen von „Toleranz“ etc. durchzusetzen, wurde in mehreren PI-Beiträgen bereits thematisiert. Dass es sich dabei nicht nur um „spaßhaft“ vorgetragene Ankündigungen einer Andrea Nahles handelt („in die Fresse“), zeigen Aufrufe zur Gewalt, die schon beinahe unverblümt getätigt werden, in Medien, die bislang als „seriös“ galten.

An die Stelle von indymedia, das vorher das Sprachrohr des linksversifften Lumpenproletariats darstellte, ist nun die „Qualitätspresse“ getreten, die dem unverhohlenen dargebotenen Hass gerne ein Ersatzforum bietet.

Beispiel 1: Emily Laquer, in der FAZ

Emily Laquer (hier mit dem Linken-Politiker Jan van Aken) gehört der „Interventionistischen Linken“ an und war Sprecherin der Demonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“. Nach Angaben des NDR wird derzeit gegen sie im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel ermittelt, auf dem marodierende Mordbrenner ihren Hass und ihre Zerstörungswut an Menschen und fremdem Eigentum austobten.

Laquer betont gerne, dass sie Nachfahrin einer jüdischen Flüchtlingsfamilie ist, um sich mit diesem Hintergrund das (Faust)Recht herauszunehmen, über andere Parteien Betätigungsverbote aussprechen und die auch gleich umsetzen zu dürfen.

Also ganz so, wie es die SA Anfang der 30er Jahre tat. Die FAZ druckt ihren Gewaltaufruf in einem Interview ab:

Wie wird die radikale Linke mit dem Erfolg der AfD umgehen?

Wir werden den Weg weitergehen, den wir im vergangenen Jahr eingeschlagen haben: In Köln haben wir mit 10.000 Menschen den Bundesparteitag der AfD gestört, im Wahlkampf haben wir dasselbe bei vielen anderen Wahlveranstaltung der AfD gemacht und auch Infostände blockiert, uns mit Transparenten davorgestellt. Ich hoffe, dass die außerparlamentarische antifaschistische Bewegung jetzt noch stärker wird. [...]

Deswegen beginnen wir jetzt schon mit der Mobilisierung für den Protest gegen den AfD-Bundesparteitag am 2. Dezember in Hannover. Ich hoffe auf eine Erneuerung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Beim Birlikte-Kulturfestival in Köln war ich 2016 dabei, als wir mit Trillerpfeifen auf der Bühne den Auftritt eines AfD-Politikers verhindert haben. Wir stören überall, wo man stören kann. Manchmal hilft es auch, wenn man einen Veranstalter anruft und ihn auffordert, die AfD nicht auftreten zu lassen.

Beispiel 2: Margarete Stokowski, Der SPIEGEL

Stokowski stach bereits durch ihr Credo „Nazis weglabern“ hervor und durch ihre seltsamen Visionen wie „dreischwänzige Katzen“, Akif Pirincci ließ ihr die Gnade zuteil werden, sich einmal mit diesem Unsinn auseinanderzusetzen.

Nach den Katzen mit den drei Schwänzen hat sie jetzt neue Visionen, etwa von „Handarbeit“. Die soll gegen „Rassisten“ geleistet werden. Etwas vornehmer als ihre Kollegin Laquer (sie selbst schreibt ja schließlich unter der Rubrik „Kultur“) verlangt sie im Grunde jedoch dasselbe wie die, es gelte einen „Kampfauftrag“ umzusetzen:

Man sagt „Antifa bleibt Handarbeit“, und das heißt, dass wir in den kommenden vier Jahren die Hände voll zu tun haben werden, denen nachhaltig auf die Nerven zu gehen, die versuchen, sich als Konservative zu verkleiden, aber in Wirklichkeit für Rassismus, Nationalismus und völkisches Denken stehen. Gleichzeitig müssen wir denjenigen, die sie gewählt haben, erzählen, dass jeder mal Fehler macht – und dass das einer war. [...]

Genau so, wie es zu schrägen, nach rechts offenen Allianzen kommt und weiter kommen wird, muss es neue ungeahnte Bündnisse gegen rechts geben. In einem Klima, in dem Hass so gut gedeiht, sind alle, die nicht rechts sein wollen, aufgerufen, sich immer wieder neu zu distanzieren, nicht nur Linke, sondern auch Konservative und Liberale. Ich stimme vielleicht zum ersten Mal im Leben FDP-Chef Christian Lindner zu, wenn er sagt, das Wahlergebnis sei ein „Kampfauftrag“.

Was unterscheidet eigentlich Kampfaufrufe, wie die in der FAZ und im SPIEGEL, noch von jenen der Stürmer-Presse gegen Juden im „Dritten Reich“? Von Medien in der Nazizeit, die, im Bewusstsein das „Richtige“ zu tun, genauso gegen „Volksfeinde“ vorgingen, ganz unverblümt, ohne die eigene Rolle zu hinterfragen?

Im Gegensatz zu damals droht Redakteuren, die sich weigern dem Regime mit Hetze und Hass zu dienen heute keine Ermordung, kein Gefängnis, keine Strafe. Es droht keine staatliche Schließung ihrer Redaktionsstuben, wenn sie den gesellschaftsfähig gewordenen Hass gegen Andersdenkende NICHT ausleben, NICHT die Möglichkeit nutzen, den eigenen Selbsthass an anderen abzuladen. Sie könnten sich anderen Themen zuwenden, sie könnten sich krank melden, wenn die Redaktion einen Hass-Artikel verlangt. „Wir haben es nicht besser gewusst“ oder „wir mussten das tun“ werden auch im Nachhinein nicht glaubwürdige Relativierungen und Ausreden sein.

Sollte es noch einmal eine Geschichtsschreibung geben, die unsere Zeit aufarbeitet, so wird man die Feigheit der heutigen Redakteure und Medienmacher weitaus negativer beurteilen als die in der Nazizeit. Leider verstehen das gerade die nicht, die es angeht.